

Jahresbericht 2012

civique
forum!org

Europäisches BürgerInnen Forum
Forum Civique Européen
European Civic Forum



Inhalt

Das Europäische BürgerInnen Forum	2
Die Zielsetzungen	
Geschichte und neue Herausforderungen	
Migration & Landwirtschaft	3
El Ejido/Spanien: Initiativen gegen die Ausbeutung der Landarbeiter_innen	
Ernährung & Autonomie	4
Somonte/Spanien: Land gegen Krise	
Italien: Studien über landwirtschaftliche Entwicklung	
<i>Campaign Seed Sovereignty</i> und ein intern. Saatguttreffen in Griechenland	
Urteil gegen Kokopelli	
Der Film <i>Saatgut ist Gemeingut</i>	
Der Kampf gegen die elektronische Kennzeichnung von Tieren	
Flucht & Migration	8
Schweiz: Referendum gegen Asylgesetzverschärfung	
Österreich: Kirchenasyl in Wien	
Hetze gegen Roma	
Schweizer Menschenrechtspreis <i>Offene Grenzen</i>	
Nah & Fern	10
Mali	
Migration und Landgrabbing	
Solidarität gegen eine drohende Uranmine in Falea	
Archipel	12
Die Monatszeitung des Europäischen BürgerInnenforums	
Spenden	12
Adressen des Europäischen BürgerInnen Forums	13
Spendenkonto	13

Das Europäische BürgerInnen Forum

Das *Europäische BürgerInnen Forum* (EBF) ist ein solidarisches internationales Netzwerk. Mit direkten Interventionen betroffener Bürgerinnen und Bürger vor Ort zeigen wir dort soziale Missstände auf, wo andere wegschauen. Durch die Förderung von Selbstorganisation und durch die Vernetzung emanzipatorischer Initiativen hoffen wir, der Utopie einer gerechten Welt einen kleinen Schritt näher zu kommen. Solidarität bedeutet, da zu sein, wenn es brennt, aber auch Aufbauarbeit. Das Europäische BürgerInnen Forum will in Zusammenarbeit mit betroffenen Menschen langfristig Veränderungen bewirken durch:

- Delegationen internationaler Beobachter_innen an politische und soziale Brennpunkte; Kontaktaufnahme mit den Direktbetroffenen
- Verteidigung rechtloser Immigrant_innen und Förderung ihrer Selbstorganisation. Aufbau von Anlauf- und Beratungsstellen, Ausbildung, juristische und soziale Unterstützung
- Förderung einer sozial nachhaltigen Landwirtschaft, welche die rücksichtslose Ausbeutung von Umwelt und Mensch gleichermaßen ablehnt
- internationale Partnerschaften zwischen sozialen Initiativen, Schaffung von Solidaritätsnetzwerken
- interkulturelle Aktivitäten, die zu einem besseren gegenseitigen Verständnis und damit zur Vermeidung von Konflikten beitragen.

2 Zu all diesen Zielsetzungen sind in diesem Jahresbericht 2012 praktische

Beispiele zu finden, die das EBF realisieren konnte.

Die Geschichte und neue Herausforderungen

Das *Europäische BürgerInnen Forum* entstand in der Euphorie des 1989er-Umbruchs in Osteuropa und wurde kurz nach dem Fall der Berliner Mauer gegründet. Die Initiative ging von Menschen in Ost- und Westeuropa aus, die sich grossteils schon seit Jahren kannten und in Gruppierungen und Organisationen wie dem CEDRI (*Europäisches Komitee zur Verteidigung der Flüchtlinge und GastarbeiterInnen*), in der Bewegung freier Radios oder der Europäischen Kooperative *Longo mai* aktiv waren. Das EBF wollte die Öffnung Osteuropas nicht reinen Wirtschaftsinteressen, grossen internationalen Institutionen und den Regierungen überlassen und setzte sich als Hauptziel, direkte Kontakte zwischen den Menschen aus Ost und West herzustellen: Viele Freundschaften und gemeinsame Projekte sind daraus entstanden. Inzwischen stehen wir vor neuen Herausforderungen: direkte Wege der Solidarität mit denjenigen zu suchen und zu gehen, die von der jetzigen weltweiten Krise in den verschiedenen Ländern auf der untersten Stufe der sozialen Leiter betroffen sind.

Europäisches BürgerInnen Forum
Basel, Mai 2013

Migration & Landwirtschaft

El Ejido/Spainien: Initiativen gegen die Ausbeutung der Landarbeiter_innen

Die rassistischen Ausschreitungen aus dem Jahr 2000 in El Ejido (Andalusien) waren der Auslöser für das bis heute andauernde Engagement des EBF im Süden von Spanien. Für den Export werden in der Provinz Almeria jährlich drei Millionen Tonnen Obst und Gemüse unter menschenunwürdigen Lebens- und Arbeitsbedingungen unter Plastikfolie produziert. Über mehr als 320 km² erstreckt sich die Industrielandwirtschaft mit ihrer modernen Sklaverei, in der rund 100'000 Migrant_innen aus dem Maghreb, Lateinamerika, Schwarzafrika und Osteuropa zu niedrigsten Löhnen arbeiten, oft ohne Arbeitsvertrag und vom spanischen Staat illegalisiert. Der Ausbeutung ist Tür und Tor geöffnet.

Dagegen hat unsere Partnerorganisation vor Ort, die kleine, unabhängige Landarbeiter_innengewerkschaft SOC (*Sindicato de Obrer@s del Campo*) mit Unterstützung des EBF zwei soziale Zentren in El Ejido und Nijar aufgebaut. Dort können die Migrant_innen Arbeitsunfälle denunzieren und Klagen gegen

Willkür und gewalttätige Übergriffe vorbereiten. Mit Sprachkursen, Informations- und Aufklärungsarbeit durch erfahrene SOC-Gewerkschafter_innen wird die Selbstorganisation der Betroffenen gestärkt und den Migrant_innen geholfen, sich langfristig selbst für ihre Rechte einsetzen zu können.

Im Berichtsjahr 2012 konnte die SOC die erste Gewerkschaftssektion in einem Gemüseverpackungsbetrieb aufbauen, nachdem im Jahr zuvor 13 marokkanische Frauen willkürlich entlassen worden waren. Das EBF konnte Produkte der Firma *Bio Sol* in Schweizer Supermärkten nachweisen. Auf öffentlichen Druck hin hat ein Schweizer Grosshändler und *Biosuisse* bei *Bio Sol* interveniert und sie gezwungen, den legitimen Forderungen der marokkanischen Frauengruppe stattzugeben. (siehe Archipel Nr. 195, 207)

Im Dezember 2012 besuchte eine Delegation des EBF und des *Solifonds* ihre Partner_innen im Plastikmeer von Almeria, unter anderem, um diese mutigen Frauen für Informations- und Diskussionsabende in die Schweiz einzuladen. (siehe Archipel Nr. 211)



Ernährung & Autonomie

«Jede Alternative für ein Überleben in Würde muss heute den Kampf um Boden, für eine bäuerliche Landwirtschaft und für die Nahrungsmittelsouveränität führen.»

Auszug von der ersten Mitteilung der Besetzer_innen von Somonte

Somonte/Spanien: Land gegen Krise

Am 4. März 2012 besetzten arbeitslose Landarbeiter_innen die nicht bewirtschafteten 400 Hektar grosse Finca Somonte in der Provinz Cordoba, die sich in öffentlicher Hand befindet. Die andalusische Landesregierung hatte zuvor angekündigt, 20'000 Hektar öffentliches Land veräussern zu wollen – und das in einem Moment der heftigsten Wirtschaftskrise und einer Arbeitslosenrate von über 30 Prozent. Als Mitglieder der Gewerkschaft SOC haben sich die Besetzer_innen immer gegen das Unrecht in der Landverteilung, die miserablen Arbeitsbedingungen in der industriellen Landwirtschaft und die Ungerechtigkeit in diesen andalusischen Provinzen gewehrt, in denen die Wirtschaft auf der Ausbeutung von Tagelöhner_innen und Saisonarbeiter_innen durch die Grossgrundbesitzer fusst.

Bis heute gibt es kein offizielles Entgegenkommen seitens der andalusischen Regierung, obwohl bereits eine Gruppe von 25 Personen begonnen hat, kollektiv Landwirtschaft und Gartenbau zu betreiben. Die Initiative ist inzwischen breit abgestützt und kann eine echte Perspektive für die Menschen vor Ort bieten. Zwei Delegationen des EBF besuchten Somonte. (siehe Archipel Nr. 203, 205, 207, 209).

Ein Grossteil des Landes von Somonte ist durch ehemalige Monokulturen und Abholzung der Erosion ausgesetzt. Neben finanzieller Unterstützung leistete das EBF auch Aufbauarbeit vor Ort. Im Dezember 2012 pflanzten Delegierte des EBF, zusammen mit den Besetzer_innen und Jugendlichen aus ganz Spanien, Bäume und Hecken, um dem Gelände geschützte Rahmen für eine vielfältige Landwirtschaft zu geben. Sie wollten auch ein starkes Zeichen an die andalusische Regierung setzen: Die Menschen lassen sich nicht vertreiben, sie wollen sich verwurzeln.



Italien: Studien über Landwirtschaftsentwicklung

Der Autor und Italienkenner Jean Duflot (*Orangen fallen nicht vom Himmel – Der Sklavenaufstand von Rosarno*, Verlag EBF/CEDRI, Basel, 2011) hat mehrere Untersuchungen zu den landwirtschaftlichen Entwicklungen in Italien gemacht. Fazit: In Krisenzeiten platzieren die Habenden ihr Geld in Land. Doch es regt sich Widerstand. (siehe Archipel Nr. 209, 210, 211)

Campaign Seed Sovereignty und ein internationales Saatguttreffen in Griechenland

Im April 2011 organisierte das EBF mit zahlreichen Partnerorganisationen eine grosse Saatgutbörse in Brüssel, bei der eine Petition gegen die geplante konzernhörige EU-Saatgutgesetzgebung, die von zehntausenden Bürger_innen unterzeichnet worden war, übergeben wurde (vgl. Archipel Nr. 192). Aus dieser Initiative entstand das Netzwerk *Campaign Seed Sovereignty* (CSS). Ein zweites internationales Treffen fand auf Einladung der teilnehmenden griechischen Organisation *Peliti* im April 2012 anlässlich ihrer alljährlich durchgeführten Saatgutbörse in Paranesti in Nordgriechenland statt. Es handelt sich wohl um die grösste alternative Saatgutbörse Europas, die in diesem Grenzgebiet von Griechenland zu Bulgarien seit zehn Jahren organisiert wird. Etwa 7'000 Menschen aus ganz Griechenland nahmen daran teil und mehrere Mitglieder des EBF aus verschiedenen Ländern. Gut 25'000 Samentütchen wechselten den Besitzer/ die Besitzerin. Das Saatgut wird prin-



zipiell nicht verkauft, es wird getauscht oder verschenkt.

Zwei Ziele motivierten die Gründung des Netzwerkes CSS: Erstens ging es darum, gegenüber der immer restriktiveren Gesetzgebung zum Saatgut eine breite Öffentlichkeit zu informieren und zweitens eine Bewegung von Saatgutproduzent_innen zu schaffen. Die Reproduktion von Saatgut ist an sich bereits eine Akt des Widerstandes und trägt zur Rettung der Biodiversität bei. CSS soll nicht zu einer bürokratischen Organisation werden, sondern vielmehr zu einem Netzwerk, in dem die Mitglieder Aktionen, Konferenzen und andere Ereignisse durchführen können. Mehr zu CSS und zur Kampagne im Archipel Nr. 206 und 207. Für Französischsprachige gibt es Sendungen von Radio Zinzine, z.B. *Semences solidaires*. (www.radiozinzine.org)

Der Prozess gegen *Kokopelli*

Seit einigen Jahren arbeitet das EBF mit *Kokopelli* zusammen. Dabei handelt es sich um eine französische Vereinigung, die sich zum Ziel gesetzt hat, die Biodiversität des Saatgutes zu erhalten. Durch ihre Aktivität – Vertrieb von nicht im offiziellen Katalog registrierter Samen – wurde sie von der französischen Saatgutfirma *Graines Baumaux* verklagt. Obwohl es der Anwältin von *Kokopelli* erstinstanzlich gelang, vor einem Gericht in Nantes Zweifel an der Rechtmässigkeit der europäischen Gesetzgebung aufkommen zu lassen, wurden diese Richter durch einen Entscheidung des Europäischen Gerichts-

hofes (EGH) eines Besseren belehrt. In diesem desavouierte der EGH, unter dem Druck der europäischen Saatgutlobby, die Empfehlungen der vom EGH selber eingesetzten Juristin, die festhielt, dass die EU-Gesetzgebung im Saatgutbereich die Prinzipien der Verhältnismässigkeit und der Nichtdiskriminierung, die Unternehmensfreiheit und die freie Zirkulation der Güter verletze. Wenn der Europäische Gerichtshof (EGH) die Empfehlungen befolgt hätte, wäre die EU gezwungen worden, die Saatgutgesetzgebung neu zu gestalten. (siehe Archipel Nr. 202)

Der Film *Saatgut ist Gemeingut*

Saatgut ist Gemeingut wie Wasser, Luft und Erde – und muss es auch bleiben. In Europa gibt es mehrere Vereine, die sich für den Erhalt der Sortenvielfalt und ihren Vertrieb einsetzen. Sie vermitteln heute schon Wissen über die Saatgutproduktion in Form von Ausbildungskursen, Büchern und Dokumenten. In den letzten Jahren stösst der Gartenbau bei vielen Menschen auf vermehrtes Interesse. Die Gründe dafür liegen im gewachsenen Misstrauen gegenüber den industriell erzeugten Nahrungsmit-

teln und in der durch Wirtschaftskrisen bedingten Armut vieler Menschen. In und um die Städte entstehen Familien- oder Kollektivgärten, die auch ein Zeichen der Suche vieler nach sozialem Rückhalt sind.

Der Lehrfilm *Saatgut ist Gemeingut – Anleitung für Samengärtnerei*, der vom EBF gefördert und von Mitgliedern der Europäischen Kooperative *Longo mai* produziert wird, soll Saatgutinitiativen weltweit unterstützen. Botanische Grundkenntnisse sind Voraussetzung für Saatgutvermehrung. Der Film wird ein Verständnis für die Entwicklung der Pflanzen, vom Samen wieder bis zum Samen, für die Blütenbiologie der verschiedenen Pflanzenfamilien und deren Befruchtung vermitteln. Die vielfältigen Handgriffe und Methoden werden aufgezeigt, die beim Anbau, Ernten, Sortieren und Lagern von Saatgut angewendet werden. Eine filmische Umsetzung des Wissens rund um Saatgut erleichtert den Zugang zum Thema für Laien und ist gerade auch in den Ländern von grossem Vorteil, in denen Fachliteratur kaum verbreitet ist.

Seit November 2012 läuft eine öffentliche Subskription (20 € / 25 CHF), die die Realisierung dieses Lehrfilmes ermöglichen soll. Der Filmprojektrailer ist im Internet zugänglich. Der möglichst in allen Sprachregionen einsetzbare Lehrfilm wird auch über Internet frei zur Verfügung stehen.

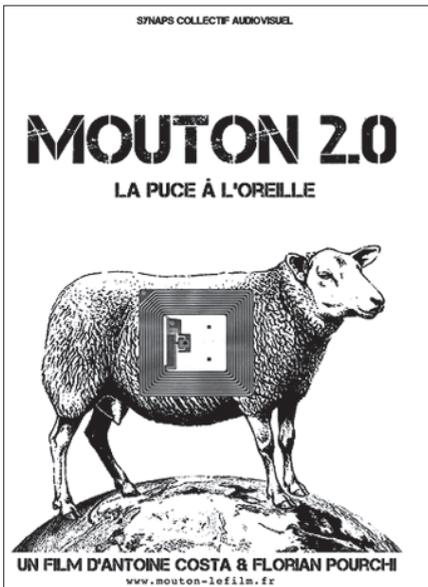
Mehr dazu unter www.forumcivique.org
Kontakt: seedfilm@yahoo.fr



Der Kampf gegen die elektronische Kennzeichnung von Tieren

Das EBF begleitete im Jahre 2012 mehrere Schafswanderungen in Frankreich, die zu Kundgebungen gegen die obligatorische elektronische Kennzeichnung von Tieren wurden. Ein Dokumentarfilm *MOUTON 2.0 – la puce à l'oreille* (SCHAF 2.0, ein RFIDchip im Ohr hat französisch den Doppelsinn: Misstrauen erwecken) leuchtet den bedrohlichen Hintergrund dieses Obligatoriums aus und weist auf weitere unsinnige Konsequenzen einer im Jahr 2006 vom fran-

zösischen Parlament in aller Diskretion verabschiedeten Verordnung hin. Zum Beispiel die Folgende: «Vom 1. Januar 2015 an ist der Träger genetischen Materials aus der männlichen Zuchtlinie, (*la voie mâle*) welches von den Züchtern von Wiederkäuern erworben wurde, einer Zertifizierungspflicht unterworfen, egal ob es sich um Samen oder Tiere zur Fortpflanzung handelt.» Auszug aus Artikel 93 des Gesetzes 2006-11: Gesetzesartikel 653-7-1. Sie fördert die industrielle Reproduktion der Tiere und hat die Verarmung der genetischen Vielfalt zur Folge.



Die DVD *MOUTON 2.0* ist Copyleft, das heisst: frei für öffentliche und private Vorführungen. Er kann direkt bei www.mouton-lefilm.org bestellt werden. Vermerk: mit deutschen Untertiteln. Preis 12 €, Dauer 77 Minuten. Siehe Archipel Nr. 206.

Flucht & Migration

Eine neue Generation gegen unmenschliche Asylpolitik

Schweiz: Referendum gegen Asylgesetzverschärfung

In der Herbstsession 2012 hat das schweizerische Parlament mittels eines «Dringlichen Bundesbeschlusses» eine erneute Asylgesetzverschärfung verabschiedet. Dieser Gesetzestext entstand in einem Klima der fremdenfeindlichen Hysterie. Die wichtigsten Punkte der Gesetzesverschärfung sind die Abschaffung des Botschaftsasyls, die Abschaffung der Desertion als Asylgrund und die Einführung von geschlossenen Lagern für sogenannte «renitente» Flüchtlinge.

Ein Komitee von vorwiegend jungen Menschen beschloss, das Referendum gegen die Gesetzesverschärfung zu ergreifen, ohne zunächst grosse Parteien und Organisationen im Rücken gehabt zu haben. Das EBF unterstützte von Anfang an dieses Referendum. Innerhalb von drei Monaten mussten 50'000 Unterschriften gesammelt werden. Ende Dezember war klar, dass das Referendum, dank eines grossen Einsatzes, zustande kommen würde. Das spontane Vorgehen, auch ohne grosse Parteien und Organisationen das Referendum zu ergreifen, um eine breite Diskussion und eine Volksabstimmung zu erzwingen, hat also geklappt. Das Zustandekommen zeigt, dass viele Schweizer_innen bereit sind, für eine solidarische Migrationspolitik und die Einhaltung der Menschenrechte einzustehen.

Einmal mehr soll die Volksabstimmung zu dieser Frage im Eilverfahren (9. Juni 2013) durchgeführt werden.

Österreich: Kirchenasyl in Wien

Flüchtlinge, die in menschenunwürdigen Sammelunterkünften eingepfercht leben, wandten sich im Jahre 2012 vermehrt mittels sichtbarer Protestmärsche, trotz ihrer eigenen Gefährdung, an die Öffentlichkeit. Auch hier engagiert sich eine neue Generation, die diese an den Rand gedrängten Menschen begleitet. Kundgebungen in verschiedenen Städten in Deutschland und Österreich führten in Wien zu einem Hungerstreik und zum Kirchenasyl in der zweitgrössten Kirche der österreichischen Hauptstadt. Auch im Moment der Schriffliegung dieses Textes ist die Aktion in Österreich noch nicht abgeschlossen. Das EBF unterstützt die Forderungen der Flüchtlinge und organisiert internationale Solidarität.



Hetze gegen Roma

Eine Gesellschaft, die den Konkurrenzkampf aller gegen alle fördert und die ein riesiges soziales Gefälle entstehen lässt, braucht Sündenböcke. Von Ungarn, Italien über Frankreich bis nach Portugal werden rassistische Reflexe gegen die Roma bedient und ein media-

ler Antiziganismus kultiviert (siehe dazu *Die Roma und wir*, Archipel Nr. 211). Trauriger Anlass für das EBF, sich mit Antiziganismus zu beschäftigen, waren die rassistischen Übergriffe im Jahre 2012 in Ungarn und die Vertreibung von Roma von einer sogenannten «Bürgerinitiative» in dem Marseiller Viertel *Les Créneaux*, ganz zu schweigen von der Vertreibungspolitik der französischen Regierung gegenüber den Roma aus Rumänien.

Schweizer Menschenrechtspreis
Offene Grenzen

Der vom verstorbenen Flüchtlingskaplan Cornelius Koch ins Leben gerufene Schweizer Menschenrechtspreis *Offene Grenzen* wird an Personen und Gruppen verliehen, die sich aktiv für die Rechte von Flüchtlingen, Immigrant_innen, von sozial benachteiligten Menschen und bedrohten Minderheiten in Europa einsetzen. Die Ehrung wurde im Jahr 2012 dem *Komitee der Medizinischen Hilfe in Transkarpatien* (CAMZ) aus Uschgorod in der Westukraine zugesprochen. Das Komitee CAMZ setzt sich mutig für Flüchtlinge und Migrant_innen ein, die an der östlichen Aussengrenze zur

Europäischen Union (EU) abgewiesen werden und oft monatelang in den Lagergefängnissen der Ukraine interniert sind. Nach ihrer Entlassung versuchen diese Flüchtlinge und Migrant_innen «draussen» unter schwierigsten Bedingungen zu überleben. Das CAMZ sorgt für medizinische, juristische und menschliche Beratung und Betreuung. Der politisch und religiös unabhängige Preis (10'000€) wurde im Rahmen einer Schweizer Delegation mit EBF-Beteiligung vom ehemaligen Tessiner Staatsanwalt, Alt-Ständerat und Europarat Dick Marty übergeben, der im Jahre 2007 selber einen anderen Menschenrechtspreis für seine Arbeit als Ermittler des Europarates zu den illegalen Aktivitäten des US-Geheimdienstes CIA in Europa erhielt. (siehe Archipel Nr. 200, 204)

Dick Marty in Uschgorod



Nah & Fern

«Dass sich die Ziegen untereinander im Hof streiten, ist der Vermittlung durch die Hyäne vorzuziehen.»

malisches Sprichwort

Mali

Mitglieder des EBF haben schon 1986 die ersten Freundschaften mit Malier_innen schliessen können. Die Protestaktion gegen die erste Massenausschaffung mittels gechartertem Flugzeug, organisiert vom französischen Innenminister Pasqua (*Le charter des 101 Maliens*) liess die ersten Verbindungen mit Malier_innen entstehen. Durch die militärische Intervention Frankreichs ist Mali nun plötzlich in den Medien. Leider werden dabei vor allem Vorurteile zu Afrika und seinen Bewohner_innen verstärkt. Das EBF pflegt seit 27 Jahren auf mehreren Ebenen einen regen Austausch mit diesen malischen Freund_innen.

Migration und Landgrabbing

Das *Office du Niger* (O.N.) ist das grösste Bewässerungsprojekt im westlichen Sahel in Mali. Das Projekt wurde 1932 mit der Zielvorgabe begonnen, im südwestlichen Niger-Binnendelta zwischen Ségou und mauretanischer Grenze weitflächigen Baumwollanbau für die französische Textilindustrie zu betreiben. Die Verwaltung des *Office du Niger* wurde 1960 staatlich. Die Nutzungsrechte für die Parzellen an Kleinbauern und -bäuerinnen wurden gegen Auflagen mit dem Staat vertraglich vereinbart und sind sogar vererbbar. Die Verwaltung des *Office du Niger* betreut die Wartungsmassnahmen,

Beratung, Trinkwasserversorgung und die Produktion von Elektrizität. 1995 hat Mali die französische Territorialverfassung übernommen. Privater Bodenbesitz wurde möglich.

Seitdem erwerben Beamte und Funktionäre, aber auch Verwalter des *Office du Niger* Grundstücke bankrotter Bauern und vergeben riesige bewässerbare landwirtschaftliche Flächen an multinationale Konzerne, Erdöl- und BRIC Staaten. Dadurch verlieren Tausende von malischen Kleinbauern ihr Anrecht auf Land. Vor diesem Hintergrund sind im März 2012 mehrere Delegierte der europäischen Sektion von *Afrique-Europe-Interact* nach Mali gereist, um zusammen mit malischen Aktivist_innen des Netzwerks, in dem auch das EBF mitmacht, direkt bzw. indirekt vom Landraub betroffene Kleinbauern im *Office du Niger* zu besuchen und ihren Widerstand u.a. in einer Sonderbeilage der deutschen Tageszeitung TAZ bekannt zu machen.

Seit Jahren bereichert sich in Mali eine korrupte Machtelite hinter einer demokratischen Fassade. Sogar die Armee wurde zur Karriereleiter und zum Selbstbedienungsladen dieser Kreise. Die Eroberungen einiger Städte im Norden Malis Anfang 2012 durch eine erst im Oktober 2011 gegründete nationale Befreiungsbewegung *Azawad* (MNLA), und blutige Massaker an den schlecht versorgten und kaum ausgerüsteten Soldaten löste im Süden bei den unteren Kadern der malischen Armee eine Meuterei aus. Die Regierung stürzte. Junge Hauptleute der Armee sahen sich

plötzlich als Putschisten mit Regierungsverantwortung. Der von breiten Bevölkerungskreisen eher gut aufgenommene Wechsel wurde weder von der internationalen Staatengemeinschaft noch von den Nachbarn Malis begrüsst. Im Gegenteil: Wirtschaftssanktionen blockierten Entwicklungsgelder, Geldknappheit, Verteuerung der Lebensmittel, Flüchtlinge aus dem Norden, Hunger und noch rasantere Verarmung setzten ein. Die gestürzte Machtelite und verschiedenste auch ausländische Einflüsse verhinderten während Monaten die Durchführung einer sog. *Concertation nationale* - einer Versammlung aller gesellschaftlicher Kräfte Malis - zur Klärung der Korruption, zu den Ursachen des Scheiterns der Demokratie und mit der Diskussion eines Neubeginns.

Drohende Uranmine in Falea

Das EBF versucht gemeinsam mit der *Vereinigung der Angehörigen und Freund_innen von Falea (ARACF)*, zu verhindern, dass eine der letzten unberührten, mit einer einzigartigen Fauna und Flora gesegneten Gegenden Malis durch eine geplante Uranmine und andere Rohstoffabbauprojekte zerstört



wird. Im Rahmen der Auseinandersetzung stiess im Jahre 2012 eine wichtige Verbündete zum entstehenden Netzwerk zugunsten der Einwohner_innen von Falea: *die Internationale der Ärzte zur Verhütung eines Atomkrieges (IPPNW)*. Sie organisierte in Bamako vom 16. bis 19. März 2012 eine sehr beachtete Konferenz mit Wissenschaftler_innen und Zeug_innen aus verschiedensten Ländern (in Afrika, USA, Europa, Indien etc). Knapp 60 Bewohner_innen aus Falea und dem *Cercle de Kéniéba* nahmen an der Konferenz teil. Kongressteilnehmer_innen aus Arlit im Niger, wo der weltgrösste Nuklearkonzern, die französische Firma *Areva*, seit mehr als 40 Jahren Uran abbaut, luden die Einwohner_innen aus Falea ein, nach Arlit zu kommen, um vor Ort die verheerenden Folgen dieser Aktivität zu sehen. (siehe Archipel Nr. 204 und www.falea21.de)

Der *Cercle de Kéniéba* entspricht dem französischen Departement und umfasst zwölf Gemeinden darunter auch Falea. In Zusammenarbeit mit der Bürgerinitiative ARACF wollen Departements- und Gemeindebehörden, sobald es die politischen Verhältnisse erlauben, im Rahmen der gesetzlichen Umweltverträglichkeitsprüfung eine Volksabstimmung in den 21 Dörfern von Faléa durchführen. Jede_r Einwohner_in wahlfähigem Alter soll die Möglichkeit haben, für oder gegen das Uranabbauprojekt zu stimmen. 21 Beobachter_innen aus dem stetig wachsenden internationalen Netzwerk der Solidarität werden dem Abstimmungsvorgang beiwohnen.

Archipel

Archipel, die Monatszeitschrift des *Europäischen BürgerInnen Forums* (EBF), erscheint seit September 1993 elf Mal im Jahr in Deutsch und Französisch in einer Auflage von ca. 5'000 Exemplaren. Sie wird zum Teil im Abonnement in Deutschland, Österreich, Frankreich und vor allem in der Schweiz vertrieben. Zusätzlich wird *Archipel* in Osteuropa, Afrika, Asien und Lateinamerika an Kontakte des EBF gratis verschickt, die sich ein bezahltes Abo nicht leisten können.

Archipel berichtet über die Aktivitäten des EBF und anderer Gruppen und Individuen, bringt Reportagen und Analysen über das politische Zeitgeschehen, aber auch Gedanken zu Geschichte und Philosophie. Die jeweils aktuelle Ausgabe und das *Archipel*-Archiv finden Sie unter: www.forumcivique.org



Spenden

Langfristige Solidarität dank regelmässiger Beiträge

Das EBF will in Zusammenarbeit mit betroffenen Menschen langfristige Veränderungen bewirken. Mit regelmässigen Spenden helfen Sie, Anlaufstellen zu finanzieren, Informationen zu verbreiten, Beobachterdelegationen vor Ort zu entsenden, rechtliche Unterstützung zu gewähren, Solidaritätsnetze aufzubauen.

Kostensparendes Verfahren

Für jede Einzahlung auf ein Bank- oder ein Postscheckkonto verrechnen Bank oder Post Gebühren. Mit einem Last-

schrift-Auftrag bei der Post (DD) oder bei Ihrer Bank (LSV) können Sie die Arbeit des EBF unterstützen und gleichzeitig mithelfen, Verwaltungskosten zu senken. Weder Ihnen noch dem EBF entstehen dadurch Kosten. Bei jeder Belastung werden Sie von Ihrer Bank oder der Post verständigt. Falls Sie es sich anders überlegen sollten, können Sie mit Ihrer Unterschrift auf der jeweiligen Belastungsanzeige die Zahlung rückgängig machen.

Adressen des EBF

Schweiz:

Europäisches BürgerInnen Forum
St. Johannis-Vorstadt 13, Postfach 1848
CH - 4001 Basel
Tel.: +41-61-262 02 47
E-Mail: ch@forumcivique.org

Deutschland:

Hof Ulenkrug
Stubbendorf 68
17159 Dargun
Tel.: +49-399 59-20 329
E-Mail: de@forumcivique.org

Frankreich:

Hameau de St-Hippolyte
F-04300 Limans
Tel.: +33-492 73 05 98
E-Mail: fr@forumcivique.org

Ukraine:

vul. Borkanyuka 97
90440 Nizhne Selishche
Khust, Zakarpattia
Fax: +380-31 42-512 20
E-Mail: ua@forumcivique.org

Österreich:

Lobnik 16
A-9135 Bad Eisenkappel/
Zelezna Kapla
Tel.: +43-42 38-87 05
E-Mail: at@forumcivique.org

Rumänien:

Joachim Cotaru
str. Bisericii 234
557168 Hosman (SB)
Tel./Fax +40-269-583 153
E-Mail: ro@forumcivique.org

Internetseite:

www.forumcivique.org

Spendenkonto

Spenden in CHF an: PC 40-8523-5

Spenden in EURO an: BKB_EURO_KONTO IBAN: CH560077 0016 5490 9272 8

BIC: BKBBCHBBXXX

Der Verein EBF ist in der Schweiz als gemeinnützig anerkannt.

Herausgeber

Europäisches BürgerInnen Forum (EBF), Komitee Schweiz
Forum Civique Européen, Comité Suisse
St. Johans-Vorstadt 13, Postfach 1848
CH - 4001 Basel
Telefon: +41-61-262 02 47
E-Mail: ch@forumcivique.org
www.forumcivique.org

Titelfoto

Bäume pflanzen auf dem besetzten Land von Somonte, Spanien.

Druck

Ropress, CH-8048 Zürich.

Fotos

EBF-Fotoarchiv, Daniel Weber (Seite 8).

civique
forum!org

Europäisches BürgerInnen Forum
Forum Civique Européen
European Civic Forum
Foro Cívico Europeo